

# Anstiftung zur Revolution

Weg mit den Krankenkassen, her mit wirklichen, privat organisierten Versicherungen, kein Einfluß der Politik mehr auf die Krankenversicherung, Abschaffung aller Gesetze zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

So liest sich ein Auszug aus den Forderungen, mit denen drei prominente Autoren der Diskussion um die Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitssystems eine neue Richtung geben wollen.

**Machtverlust:** Politiker sollen die Kontrolle über die Krankenkassen abgeben.

**F**rüher hätte man sie wegen Hochverrats angeklagt. Heute wird Bernd Schottdorf, Wolfgang Fikentscher und Fritjof Haft nur der heftige verbale Abwehrreflex von Gesundheitspolitikern und -funktionären treffen, wenn in der dritten Aprilwoche ihr Buch „Gesundheit“ auf den Markt kommen wird. Denn was die drei Autoren niedergeschrieben haben, ist nichts anderes als eine Anstiftung zur Revolution. Folgt man Schottdorf und Co, bleibt im deutschen Gesundheitswesen kein Stein auf dem anderen.

Allerdings schöpfen der prominente Laborarzt Schottdorf, der vor einigen Jahren durch spektakuläre gewonnene Strafprozesse Aufsehen erregte, und die beiden angesehenen Rechtswissenschaftler Fikentscher und Haft ihren Entwurf nicht aus der Tiefe des Gemüts. Dem Modell des renovierten Gesundheitswesens stellen sie eine Beschreibung und Analyse der institutionellen Gegebenheiten im deutschen Gesundheitssystem voran, aus der sie ihre Vorschläge herleiten und die in ihrem Detailreichtum ihresgleichen sucht. Auch die historischen Vorläufer und die Prozesse, die zum heutigen Zustand geführt haben, werden ausführlich dargestellt.

Die Kritik der einzelnen Entwicklungen ist anhand der aufgeführten Fakten nachvollziehbar: Man muss nicht einer Meinung sein mit den Autoren, aber man kann jedenfalls ihrer Argumentation folgen. Und erschrickt dabei gelegentlich: Die Szenarien für die weitere Entwicklung sind überwiegend bekannt, aber wenn man

sie so plastisch und präzise vorgerechnet bekommt, erhalten sie eine zusätzliche Dimension.

Für eine Gesundung des Systems schlagen die Autoren ein ausgefeiltes Reformmodell vor. Und sie begnügen sich auch nicht mit dem Entwurf, sondern entwickeln verschiedene, zum Teil durchgerechnete Szenarien, wie ein Übergang vom heutigen Zustand organisiert werden könnte, ohne dass es zu einer wirklichen Revolution und sozialen Verwerfungen kommen würde.

## Sozialer Ausgleich aus Steuermitteln

Kern des Modells ist die vollständig privatwirtschaftliche Ausgestaltung der Krankenversicherung im Sinne einer echten Versicherung, nicht wie bislang im Sinne einer großangelegten Umverteilungsmaschinerie, die von der Hand in den Mund lebt. Das Sachleistungsprinzip wird im Interesse einer verbesserten Transparenz vollständig für das Kostenerstattungsprinzip aufgegeben.

Die Krankenversicherung wird in einen Pflicht- und einen freiwilligen Bereich unterteilt. Die Pflichtversicherung deckt alle Kosten ab, die für die Behandlung lebensbedrohender und/oder schwerer Erkrankungen notwendig entstehen. Leichte Erkrankungen sollen dann erfasst werden, wenn sie aus besonderen Gründen, etwa

einer chronischen Erkrankung, hohe Kosten verursachen, die einen individuell nach Vermögen und Einkommen zu ermittelnden Grenzwert überschreiten. Im Pflichtbereich besteht Kontrahierungszwang für die Versicherungen, es gibt keine Altergrenzen für bestimmte medizinische Leistungen. Kinder werden bis zum 21. Lebensjahr prämienfrei mitversichert, Ehegatten nicht. Trivialkrankheiten sowie Prävention, Wellness und kosmetische Eingriffe gehören in den freiwilligen Bereich.

Für jeden Versicherten wird eine unternehmensübergreifend kalkulierte, überall gleich hohe Prämie ohne Rücksicht auf das Geschlecht erhoben, die zur Zeit mit rund 200 Euro pro Person und Monat veranschlagt wird. Nach und nach werden beim Versicherungswechsel portierbare Altersrückstellungen gebildet. Unter den Versicherungen wird wegen des Kontrahierungszwangs ein Ausgleich des Morbiditätsrisikos der Versicherten hergestellt, der sich an bewährten Verfahren etwa aus den USA orientiert und nichts mehr mit dem heutigen Risikostrukturausgleich zu tun hat.

Menschen mit geringem Einkommen werden aus Steuermitteln unterstützt, wenn die gesamte Belastung 15 Prozent des Bruttoeinkommens eines gesamten Haushalts übersteigt. Es erfolgt also eine klare Trennung: Für die Versicherungsfunktion der Pflichtversicherung zahlt der Versicherte, für die Sozialfunktion der Pflichtversicherung der Steuerzahler, wie

## AUTOREN

**Bernd Schottdorf**

Der gebürtige Berliner ist Eigentümer einer der größten Laborarztpraxen in Deutschland. Genau deshalb geriet er in den 80er und 90er Jahren mit der bayerischen Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) aneinander, die seinen Umsatz begrenzen wollte. Der für Schottdorf zunächst nur finanziell ärgerliche Streit eskalierte zusehends und endete nach einem als „Lex Schottdorf“ bekannten Spezialerlaß der KVB, zwei Betrugsverfahren und einer Verfassungsklage mit einem Sieg auf der ganzen Linie. In dem Verfahren vor dem bayerischen Verfassungsgericht wurde Schottdorf bescheinigt, dass die Bestimmungen, um die es ursprünglich gegangen war und gegen die er nach Auffassung der Strafgerichte nicht verstoßen hatte, auch noch verfassungswidrig waren. In seiner Freizeit beschäftigt sich der Afrikaliebhaber Schottdorf mit der Malerei und hat es bereits zu verschiedenen Ausstellungen im In- und Ausland gebracht.

**Fritjof Haft**

ist ordentlicher Professor und seit 1982 Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Haft ist Autor zahlreicher erfolgreicher wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Bücher.

**Wolfgang Fikentscher**

ist emeritierter Professor für bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsvergleichung sowie Rechtsanthropologie. Neben seiner Hochschultätigkeit war Fikentscher als wissenschaftlicher Berater für verschiedene Bundesministerien, die EU-Kommission und die Uno tätig. Er ist Vorsitzender der Kommission für kulturanthropologische Studien der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und auswärtige Mitglied des Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum, Wettbewerb und Steuerrecht.

es der Idee des deutschen Steuersystems entspricht.

Der Arbeitgeberbeitrag fällt vollständig weg, erworbene Besitzstände bleiben gewahrt. Die Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen entfallen, so dass diese abgeschafft werden können. Es bleibt ihnen überlassen, wie früher als Vereine berufsständische Aufgaben zu übernehmen. Das Kartellrecht kommt im Gesundheitssystem zur Anwendung, um vor allem Mißbrauch im Pharmabereich zu bekämpfen und den Wettbewerb zu stärken. Die Tätigkeit der Versicherung

unterliegt nicht mehr der Kontrolle der Politik, sondern ausschließlich der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen. Alle Gesetze, die die Gesetzliche Krankenversicherung regeln, vor allem das fünfte Buch des Sozialgesetzbuches, werden ersatzlos gestrichen. ■

Ulrich Glatzer

Fotos: Eikenach

**B. Schottdorf, Fritjof Haft, Wolfgang Fikentscher: Gesundheit!, erhältlich ab 26. April 2004 im ABW Wissenschaftsverlag Berlin, voraussichtlich 49 Euro**

## Wirklich etwas verändern

### KMA-Interview mit Bernd Schottdorf

*KMA: Herr Schottdorf, Sie und Ihre Ko-Autoren schlagen in Ihrem Buch „Gesundheit“ eine Radikalreform des deutschen Gesundheitswesens vor. Soll es bei dieser Meinungsäußerung bleiben oder müssten Sie sich darüber hinaus nicht auch für die Umsetzung Ihrer Ideen engagieren?*

**Schottdorf:** Natürlich. Wir haben uns ja nicht hingesetzt und uns die ganze Arbeit gemacht, weil wir die Ästhetik der Formulierungen so schätzen. Uns geht es um zwei Dinge: Wir wollen erreichen, dass die Leute endlich einmal eine solide Informationsgrundlage für ihre Meinungsbildung bekommen, deshalb der umfangreiche Faktenteil in dem Buch. Vor allem aber wollen wir mit unserer Analyse die Diskussion von der Ebene weg bringen, wo sie sich in allgemeinen Schuldzuweisungen erschöpft und dann immer wieder ins Leere läuft.

*KMA: Was genau wollen Sie unternehmen?*

**Schottdorf:** Zunächst einmal: Es geht uns nicht darum, irgendjemanden in eine persönliche Konfrontation zu ziehen. Wir sind alle gemeinsam in dieses System hineingewachsen und sitzen jetzt auch alle gemeinsam in der Tinte.

Um die Diskussion zu versachlichen, wollen wir Maßnahmen vorschlagen, die nicht gleich das ganze System umstürzen und unser Arbeitslosenheer um 500.000 GKV-Angestellte vergrößern. Aber wir wollen großangelegte Modellversuche ermöglichen, die etwa so aussehen könnten: Eine Krankenkasse und deren Versicherte werden von der Versicherungspflicht im bisherigen Umfang befreit. Stattdessen müssen sie nur eine reduzierte Basisversicherung abschließen, die vielleicht nur

die Hälfte kostet, und den Rest können sie – aber müssen nicht – über eine private Zusatzversicherung abdecken. Da würde man schnell sehen, ob sich da ein Markt entwickelt, ob ein paar Millionen Leute sagen: „Gut, das passt mir. Ich zahle nur noch acht Prozent und habe dafür nur eine Versorgung ohne Bauchtanz und Yoga. Ich will auch in diese Versicherung.“

*KMA: Und Sie glauben, das funktioniert?*

**Schottdorf:** Mir ist schon klar, dass wir erst einmal in der Luft zerrissen werden von Funktionären und Politikern aller Couleur, die ja allesamt von der Kompliziertheit unseres Systems prima leben. Und mit dem, was wir vorschlagen, bringen wir ja das gesamte System gegen uns auf.

Aber man konnte ja in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten vor allem in den USA immer wieder sehen, dass es möglich ist, Veränderungen zu erreichen, die zuvor niemand für möglich gehalten hatte. Nehmen Sie die Geschichte von Ralph Nader, einem völlig unbekanntem Anwalt, der 1965 das Buch „Unsafe at any Speed“ veröffentlichte, in dem er die Sicherheitsprobleme amerikanischer Autos anprangerte. Nach anfänglichen Anfeindungen, Bedrohungen und Kompromittierungsversuchen entstand die bis heute größte und mächtigste amerikanische Verbraucherschutzorganisation. Aber es gibt viele Beispiele. Warum soll so etwas nicht auch hierzulande möglich sein?

Ich glaube, wenn wir mit unseren Gedanken und Analysen dazu beitragen könnten, dass eine breite öffentliche Diskussion entsteht, würde sich auf jeden Fall etwas ändern. Und wenn es den Beteiligten nur etwas schwerer fällt, ihr beliebtes Verwirrspiel mit der in weiten Teilen entmündigten Bevölkerung zu treiben. ■

Interview: Ulrich Glatzer